



## **NABU: Bundesregierung weicht energetische Standards bei Gebäuden auf**

NABU: Bundesregierung weicht energetische Standards bei Gebäuden auf  
Tschimpke: Novelle der Energieeinsparverordnung ist Pfusch am Bau  
Berlin - Anfang Februar hat die Bundesregierung die Novelle der Energieeinsparverordnung (EnEV) und des Energieeinspargesetzes (EnEG) beschlossen. Am morgigen Mittwoch berät der Wohnungsbauausschuss des Bundesrats über die geplanten Änderungen. Der NABU bezeichnete die Vorschläge als Pfusch am Bau. "Was auf den ersten Seiten der Verordnung wie die Erhöhung der Anforderungen für Neubauten aussieht, ist in Wahrheit eine Mogelpackung, weil sie auf den hinteren Seiten wieder kassiert werden", sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Er appellierte an die Bundesländer und die Abgeordneten des Bundestags, den vorliegenden Entwürfen bis zu einer umfassenden Überarbeitung nicht zuzustimmen. Grund für die ablehnende Haltung des NABU ist die einseitige Belastung von Gebäudenutzern und die Verschwendung natürlicher Ressourcen. So plant die Bundesregierung die primärenergetischen Anforderungen an Neubauten in zwei Stufen um jeweils 12,5 Prozent bis 2016 anzuheben. "Statt höhere Anforderungen an den Wärmeschutz der Gebäudehülle zu stellen, wird aber vor allem der Einsatz erneuerbarer Energien zum Heizen begünstigt. Dies geht sowohl bei vermehrter Brennholznutzung als auch bei der Verwendung von Biogas aus Energiepflanzen häufig zu Lasten des Natur- und Artenschutzes", sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Außerdem würden mit elektrischem Strom beheizte Gebäude durch die geplanten Änderungen in der EnEV besser gestellt. "Durch die fehlende Einsparung von Heizenergie sparen Eigentümer und Mieter keinen Cent. Im Gegenteil: Sie werden angesichts der steigenden Strompreise sogar noch mit zusätzlichen Kosten belastet", kritisierte Tschimpke. Der für das Gelingen der Energiewende so entscheidende Gebäudebestand würde durch die Umstellung der Berechnungsmethoden und wegen realitätsferner Annahmen gleich ganz aus der Pflicht entlassen. Aus Sicht des NABU habe es die Bundesregierung damit versäumt, wirksam die unnötige Verschwendung von Energie zum Heizen einzudämmen und betreibe für den Klimaschutz im Wärmemarkt insgesamt ein Nullsummenspiel.

### **Pressekontakt**

NABU - Naturschutzbund Deutschland

10117 Berlin

Presse@NABU.de

### **Firmenkontakt**

NABU - Naturschutzbund Deutschland

10117 Berlin

Presse@NABU.de

Der Naturschutzbund Deutschland e.V. - NABU - möchte Menschen dafür begeistern, sich durch gemeinschaftliches Handeln für die Natur einzusetzen. Wir wollen, dass auch kommende Generationen eine Erde vorfinden, die lebenswert ist, die über eine große Vielfalt an Lebensräumen und Arten, sowie über gute Luft, sauberes Wasser, gesunde Böden und ein Höchstmaß an endlichen Ressourcen verfügt. Mehr als 390.000 NABU-Mitglieder setzen sich für die Natur ein - als aktive Umweltschützer oder engagierte Förderer. Sie sind in rund 1.500 lokalen Kreisverbänden und Ortsgruppen in ganz Deutschland organisiert und vornehmlich ehrenamtlich tätig.